

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/01/2012

**über die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des Bau- und
Planungsausschusses am 11.01.2012,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Frau Susanne Philipp-Richter

i. V. f. den verstorbenen StV
Werner Bandick
ab 19:13 Uhr; TOP 6; bis 21:58
Uhr; TOP 11

Frau Carola Behr

Herr Rolf Griesenberg

ab 19:06 Uhr; TOP 2

Herr Rafael Haase

i. V. f. StV Grassau

Herr Dieter Heidenreich

ab 19:02 Uhr; TOP 1

Frau Anna-Margarete Hengstler

Frau Monja Löwer

Herr Thomas Bellizzi

beratendes Mitglied

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hartmut Möller

Frau Karen Schmick

Herr Siegfried Lorenz

Seniorenbeirat; bis 20:10 Uhr;
TOP 9.11

Herr Jan Klöppelt

Kinder- und Jugendbeirat; bis
20:10 Uhr; TOP 9.11

Sonstige, Gäste

Herr Norbert Leinius

WAS Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft
Stormarn mbH

Herr Frank Sachau

Teppich-Kibeck GmbH

Herr Günter Bauer

Teppich-Kibeck GmbH

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Angelika Andres
Frau Annette Kruse
Herr Hauke Seeger
Frau Stefanie Mellinger
Frau Maren Uschkurat
Herr Ulrich Kewersun

bis 20:00 Uhr; TOP 7
bis 21:40 Uhr; TOP 11
Protokollführerin
Protokollführer zu TOP 11

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Uwe Grassau

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Bevor der Ausschussvorsitzende die Sitzung eröffnet, bittet er alle Anwesenden, für den in der vorangegangenen Woche verstorbenen Stadtverordneten Werner Bandick eine Schweigeminute einzulegen.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 17/2011 vom 30.11.2011
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 18/2011 vom 07.12.2011
5. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
6. Bauleitplanungen, Verfahrensstände und Prioritäten **2011/164**
7. Sachstandsbericht - Ohlendamm
8. Kenntnisnahmen
 - 8.1 Änderung der Richtlinien zum Aufstellen von Stellschildern
 - 8.2 Ausrichtung der Wappen in der Klaus-Groth-Straße
 - 8.3 Testphase einer Firma für Monatsparken auf dem Tagesparkplatz Alte Reitbahn
 - 8.4 Kosten des Bau- und Planungsausschusses durch auswärtige Tagungen
 - 8.5 Grundlagenseminar - Effektive Bauleitplanung und Gemeindeentwicklung
 - 8.6 Künstlerischer Wettbewerb Klaus-Groth-Straße
 - 8.7 Veranstaltung zum Einzelhandelskonzept
9. Verschiedenes
 - 9.1 Zusatztermin im Februar
 - 9.2 Bauvorhaben Hamburger Straße
 - 9.3 Taxistellplatz an der Sparkasse
 - 9.4 Verschiebung des Sitzungsbeginns
 - 9.5 Beschilderung an der B 75

- 9.6 Begrünung der Klaus-Groth-Straße mit Blumenkübeln
- 9.7 Parksituation in der Ladestraße
- 9.8 P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"
- 9.9 Anzeige der Bahnverbindungen
- 9.10 Baumaßnahme an der AOK-Kreuzung
- 9.11 Umbau in der Theodor-Storm-Straße

1. Festsetzung der Tagesordnung

Die Verwaltung bezieht sich auf die in der Einladung vom 28.12.2011 vorgeschlagene Tagesordnung und gibt bekannt, dass in der heutigen Sitzung keine Einzelbauvorhaben vorgestellt werden müssen, der Tagesordnungspunkt 11 insofern entfallen und von der Tagesordnung genommen werden kann.

Es wird außerdem von der Verwaltung vorgeschlagen, den neuen Tagesordnungspunkt 7 „Sachstandsbericht zum Ohlendamm“ mit aufzunehmen.

Ferner kommt man überein, die Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil um den TOP 13 „Verschiedenes“ zu ergänzen. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt dem der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung.

Die Ausschussmitglieder stimmen der so angepassten Tagesordnung zu.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Siemers nimmt Bezug auf die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2011 auf den Tagesordnungspunkt 9 „Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 29.11.2011 gestellten und mit der erforderlichen Mehrheit abgestimmten Anregungen“. Er erkundigt sich, wann der Antrag von Frau Buzuk zur Instandsetzung und Unterhaltung der vorhandenen Ahrensburger Verkehrswege im BPA behandelt wird. Daraufhin sichert der Ausschussvorsitzende zu, dass der Antrag selbstverständlich in einer der nächsten Sitzungen des BPA behandelt wird.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 17/2011 vom 30.11.2011

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 18/2011 vom 07. 12. 2011

Keine Einwände, damit gilt das Protokoll als genehmigt.

5. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung am 07.12.2011 betrifft eine Gewerbeangelegenheit, bei der beschlossen worden ist, die verkehrliche Erschließung und die Auswirkungen auf den Einzelhandel vom möglichen Antragsteller vorab untersuchen zu lassen.

6. Bauleitplanungen, Verfahrensstände und Prioritäten

Die Verwaltung stellt die in der Vorlage dargestellte Prioritätenliste der Bauleitpläne für die kommenden Jahre vor und geht teilweise kurz auf die Verfahrensstände ein. So wird berichtet, dass der B-Plan Nr. 82 „Beimoor Süd“ kurz vor dem dritten Entwurf steht und derzeit mit einem Satzungsbeschluss im Mai/Juni 2012 gerechnet wird. Für die Bebauungspläne Nr. 88 a und 88 b wurden kürzlich die Aufstellungsbeschlüsse neu gefasst und nun die Vorentwürfe bearbeitet. Zum Bebauungsplan Nr. 90 „Gebiet Reeshoop“ wird ebenfalls mit einem Satzungsbeschluss im Mai/Juni 2012 gerechnet.

Der Flächennutzungsplan, der als Grundlage den Masterplan Verkehr benötigt, wird voraussichtlich im Frühjahr 2012 dem BPA vorgestellt. Für den Bebauungsplan Nr. 92 „Erlenhof Süd“ wird derzeit ein Entwurf erarbeitet, der voraussichtlich in ein bis zwei Monaten dem BPA vorgestellt wird. Der Bebauungsplan Nr. 51 „4. Änderung“ soll noch im Jahr 2012 abgeschlossen werden, um die Realisierung eines Parkhauses zu ermöglichen.

Für das dritte Teilprojekt „Schlosspark Landesgartenschau 2016“ des Realisierungskonzeptes „Schlosspark Aue Innenstadt“ steht derzeit eine politische Entscheidung noch aus, dennoch wurde es vorerst unter „A“ auf die Prioritätenliste genommen. Der alte Rahmenplan „Innenstadt“ aus dem Jahre 1983 soll durch einen neuen Rahmenplan ersetzt werden, wird jedoch zurzeit nicht bearbeitet. Zum B-Plan Nr. 93 „Ohlendamm“ wird auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt 7 hingewiesen. Zum Bauleitplanverfahren „Lindenhof“ wird derzeit noch das weitere Verfahren geklärt. Für den Bereich Kastanienallee wurde der Bedarf ermittelt, einen neuen B-Plan aufzustellen, was noch in 2012 erfolgen soll. Die unter Priorität C genannten Projekte werden derzeit aus verschiedenen Gründen nicht bearbeitet. Insbesondere fehlen die Ressourcen für die Abwicklung der Projekte, so hat z. B. aber auch der Projektentwickler zum B-Plan Nr. 79 a Probleme bei der Entwicklung des Geländes.

Ein Ausschussmitglied bittet um Erläuterung, wie die dargestellten Prioritäten entstanden sind, insbesondere im Hinblick auf den B-Plan Nr. 43 6. Änderung zu dem es in der Sitzung des BPA vom 30.11.2011 eine Nachfrage gegeben hat. Auch bittet das Ausschussmitglied mitzuteilen, weshalb die Nordtangente vor dem Masterplan Verkehr angesiedelt ist. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass lediglich die Unterteilung A, B, C eine Prioritätensetzung beinhaltet, die Unterteilung in 1, 2, 3 etc. dient nur der besseren Darstellung und nicht der Unterteilung innerhalb der Prioritäten. Auch wird darauf hingewiesen, dass alle unter A und B genannten Projekte parallel zueinander bearbeitet werden sollen.

Nach Auffassung eines Ausschussmitgliedes erweckt die Liste den Eindruck, dass die Großprojekte den kleineren Projekten vorgezogen werden. Diesbezüglich bittet er, dass die Projekte mehr gemischt werden und damit mehr auf die Belange der einzelnen Bürger eingegangen wird. Wie die Verwaltung klarstellt, sind kleinere Projekte nicht unbedingt einfacher zu bearbeiten als große Projekte, eine Mischung macht somit wenig Sinn.

Die Verwaltung wird gebeten, die bisher entstandenen Kosten für den Bebauungsplan Nr. 79 a im Protokoll bekannt zu geben.

Auf Nachfrage einer Stadtverordneten berichtet die Verwaltung, dass der B-Plan Nr. 79 „Gewerbegebiet West“ nur den Bereich des Gebietsgebiets und nicht den S-Bahnbereich beinhaltet.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass für die Realisierung der Prioritäten A und B keine weiteren Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen und alle notwendigen Planungsmittel im Haushalt enthalten sind. Des Weiteren wird im Rahmen der Diskussion daran erinnert, dass zum Parkhaus Manfred-Samusch-Straße nur ein Interessenbekundungsverfahren und keine europaweite Ausschreibung durchgeführt würde.

Die Verwaltung wird gebeten, den Stand zum B-Plan Nr. 43 im nächsten BPA vorzustellen.

Vor Beendigung des Tagesordnungspunktes kommt man überein, die Vorlage auf die nächste Sitzung zu schieben. Der Vorsitzende dankt der Verwaltung für die Erarbeitung dieser Vorlage.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Stadt hat bisher insgesamt 37.571,20 € für das B-Planverfahren Nr. 79 a -Rohrbogenwerk aufgewendet. Insgesamt teilen sich die Kosten folgendermaßen auf:

| | | |
|----------------------------|----------|--------------------|
| <i>Vermessung</i> | <i>=</i> | <i>2.975,00 €</i> |
| <i>Boden und Altlasten</i> | <i>=</i> | <i>14.309,93 €</i> |
| <i>Grünbelange</i> | <i>=</i> | <i>3.973,41 €</i> |
| <i>Planung</i> | <i>=</i> | <i>16.312,86 €</i> |

7. Sachstandsbericht - Ohlendamm

Die Verwaltung stellt anhand einer Präsentation (**vgl. Anlage**) den Sachstand zum Bebauungsplan Nr. 93 „Ohlendamm“ vor. Einleitend erläutert die Verwaltung hierzu die örtlichen Gegebenheiten des Geltungsbereichs. erinnert wird in diesem Zusammenhang daran, dass eine Genossenschaft an die Stadt herangetreten ist mit dem Wunsch, ihre Liegenschaften (Gebäude) neu zu überplanen, da die Geschosswohnungsbauten in Ausstattung und Größe nicht mehr zeitgemäß sind und durch moderne Stadtvillentypen und Reihenhäuser ersetzt werden sollen. Ferner soll das Stellplatzproblem, das durch das Parken aller Anwohner im öffentlichen Straßenraum entsteht, gelöst werden.

Die Verwaltung stellt den vorhandenen Bestand am Ohlendamm vor und geht kurz auf die im ISEK festgesetzten Merkmale, wie die bauliche Verdichtung ein. So ist ein im ISEK definiertes Ziel, dass eine bauliche Dichte von ca. 50 WE je Hektar erreicht wird.

Danach stellt die Verwaltung städtebauliche Varianten sowie das bevorzugte Konzept zur Entwicklung des B-Plangebietes Nr. 93 vor.

Abschließend stellt die Verwaltung den Kennziffernvergleich für das Grundstück am Waldemar-Bonsels-Weg vor. Durch die derzeitige Planung sollen ca. 20 WE im Rahmen der Innenverdichtung dazukommen.

Ein Ausschussmitglied bittet die Verwaltung mitzuteilen, wie viele Wohneinheiten für das Gebiet Ohlendamm im ISEK vorgesehen sind. Die Verwaltung sagt daraufhin zu, diese Veränderungsliste (**vgl. Anlage 2**) dem Protokoll beizufügen. Hierzu wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Veränderungsliste die bauliche Nachverdichtung ohne Abriss des Bestandes vorsieht.

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass der Straßenquerschnitt im Rahmen des Bauleitplanverfahrens geklärt werden muss, da die Situation derzeit nicht optimal ist.

Bevor der Tagesordnungspunkt geschlossen wird, berichtet die Verwaltung, dass nun die frühzeitige Beteiligung und anschließend die erste Bewertung der Anregungen erfolgt. Daraufhin wird der Entwurf mit der Nachverdichtung erarbeitet und im Frühjahr in die Offenlage gegeben.

8. Kenntnisnahmen

8.1 Änderung der Richtlinien zum Aufstellen von Stellschildern

Gemäß der Vorlage Nr. 1998/17 hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 21.01.1998 unter anderem Richtlinien zum Anbringen von Stellschildern auf öffentlichen Flächen erlassen.

Aufgrund sich inzwischen häufender Anträge von Werbung durch Stellschilder hat die Verwaltung sich entschieden, neue Richtlinien zu erlassen, die als **Anlage** beigefügt werden.

Immer mehr gewerbliche Nutzer stellen Anträge auf Stellschilderwerbung (z. B. Flohmärkte, Fitnessstudios, Tanzveranstaltungen, Tag der offenen Tür bei Gewerbebetrieben), dabei bleiben die Werbefläche der Litfasssäulen und hinterleuchteten Werbeanlagen, mit deren Betreibern die Stadt Ahrensburg Verträge geschlossen hat, nahezu unberücksichtigt.

Darüber hinaus ist diese Art der Werbung aufgrund von städtebaulichen Gesichtspunkten einzuschränken.

Der BPA stimmt den Richtlinien zum Anbringen von Stellschildern auf öffentlichen Flächen zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

8.2 Ausrichtung der Wappen in der Klaus-Groth-Straße

Die Verwaltung fügt dem Protokoll als **Anlage** die Vorstellung der Ausrichtung der Wappen in der Klaus-Groth-Straße bei.

8.3 Testphase einer Firma für Monatsparken auf dem Tagesparkplatz Alte Reitbahn

Ver mehrt wurde an die Verwaltung der Wunsch - speziell von Firmen - herangetragen, einen Parkausweis für die Alte Reitbahn einschließlich des Parkstreifens auf der Fahrbahn der Stormarnstraße zu ermöglichen. Ein solcher Parkausweis erlaubt es dem Arbeitgeber, seinem einzelnen Mitarbeiter hinsichtlich des Parkplatzes entgegenzukommen und diesen kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Unter folgenden Voraussetzungen ist die Ausstellung eines Parkausweises für die Alte Reitbahn, testweise für den Monat Februar und begrenzt für eine

Firma mit 20 betroffenen Angestellten, vorgesehen:

- Zahlung einer Gebühr von 40 € monatlich, damit keine Vergünstigung bei 5 Tagen, 2 €/Tag und 4 Kalenderwochen
- Ausstellung des Parkausweises monatlich mit Benennung des amtlichen KFZ-Kennzeichens

Im Laufe des Monats Februar 2012 kann anhand der gesammelten Erkenntnisse über das entstehende Arbeitsaufkommen, der notwendigen Organisation und der Praktikabilität seitens der Firma und seitens der Verwaltung geprüft werden, ob es sinnvoll wäre, einen solchen Parkausweis dauerhaft für Firmen (ab zunächst angenommenen 5 Ausweisen) anzubieten.

8.4 **Kosten des Bau- und Planungsausschusses durch auswärtige Tagungen**

Der Bau- und Planungsausschuss (BPA) tagt normalerweise jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat und kam im Jahr 2011 zu insgesamt 17 Sitzungen. Aufgrund der Nutzungseinschränkungen im Raum 601, insbesondere das Einhalten der Brandschutzbestimmungen und die nicht ausreichenden Plätze für die Öffentlichkeit, tagt der BPA ersatzweise im Rettungszentrum Am Weinberg, in der Museumsturnhalle der Stormarnschule oder der Reithalle am Marstall. Mit dem Auf- und Abbau der Sitzungsräume sind die Stadtbetriebe Ahrensburg beauftragt. An Kosten für derartige Leistungen zwischen Januar und November 2011 sind insgesamt 2.010,96 € angefallen.

Die Kosten verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Einrichtungen:

| | |
|---|----------|
| Für <i>einen</i> Auf- und Abbau im Rettungszentrum | 444,37 € |
| für <i>vier</i> Auf- und Abbauten in der Museumsturnhalle | 831,51 € |
| für <i>zwei</i> Auf- und Abbauten in der Reithalle | 735,08 € |

Mit durchschnittlich 207,88 € pro Einsatz der Stadtbetriebe, ist die Museumsturnhalle der Stormarnschule die kostengünstigste Alternative.

8.5 **Grundlagenseminar - Effektive Bauleitplanung und Gemeindeentwicklung**

Dem Protokoll wird als **Anlage** beigelegt eine Seminarempfehlung zum Thema „Effektive Bauleitplanung und Gemeindeentwicklung – ein Standortvorteil im Wettbewerb um Einwohner, Arbeitsplätze und Infrastruktur“.

8.6 Künstlerischer Wettbewerb Klaus-Groth-Straße

Das Thema ist im BPA anhand des Antrages der FDP-Fraktion AN/091/2011 am 30.11.2011 im Zusammenhang mit dem Einbau der Wappen angesprochen und im BPA-Protokoll Nr. 17/2011 unter TOP 6/6.1 wie folgt festgehalten worden:

Zum Alternativantrag wird ergänzend angemerkt, dass sich die Betonbrüstungen an den Rampenein- und -ausfahrten nicht im Eigentum der Stadt Ahrensburg befinden. Ferner werden im unmittelbaren Umfeld Fahrräder abgestellt, teilweise auch angelehnt, was zur Beeinträchtigung der Ansicht oder gar Beschädigungen führen dürfte. Allgemein nachvollzogen wird allerdings der Wunsch, die Ansicht der Rampenbrüstungen zu verschönern.

Sodann wird zunächst über den Antrag AN/091/2011 abgestimmt mit der Maßgabe, dass für diese Aktion vorab die Zustimmung des Eigentümers eingeholt gesichert wird.

Abstimmungsergebnis: **2 dafür**
 5 dagegen
 1 Enthaltung

Der erneute Antrag der FDP-Fraktion AN/100/2011 ist fast gleichlautend und wurde am 12.12.2011 in der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen, um eine Behandlung in den Fachausschüssen zu ermöglichen. Die Frage ist, ob der BPA sich gedenkt mit dem Thema nochmals zu befassen.

Mittel stehen derzeit nicht bereit und wären ggf. im Ergebnishaushalt bereitzustellen; insofern geht auch der Deckungsvorschlag fehl, der den Finanzplan betrifft und im Übrigen mit dem Straßenbau nicht im Zusammenhang steht.

Die FDP-Fraktion bittet, den AN/100/2011 auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu nehmen. Die Verwaltung sichert zu, den Antrag auf die nächste BPA-Sitzung zu setzen.

8.7 Veranstaltung zum Einzelhandelskonzept

Die Verwaltung erinnert daran, dass am 19.01.2012 um 19:00 Uhr in Raum 601 des Rathauses die Ergebnisse und Analysen im Rahmen eines Arbeitskreises von der CIMA vorgestellt und diskutiert werden sollen. Um eine kurze Rückmeldung, wer an der Veranstaltung teilnimmt, wird von Frau Meltinger gebeten.

9. Verschiedenes

9.1 Zusatztermin im Februar

Die Verwaltung erinnert nochmals daran, dass voraussichtlich am 29.02.2012 eine gemeinsame Sitzung des BPA und des UA stattfinden wird.

9.2 Bauvorhaben Hamburger Straße

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Bauvorhaben in der Hamburger Straße. Die Verwaltung sichert daraufhin zu, dass der Bauantrag voraussichtlich in der nächsten Sitzung des BPA behandelt werden kann.

9.3 Taxistellplatz an der Sparkasse

Die Verwaltung wird gebeten, den Stellplatz für Taxis auf dem Parkplatz bei der Sparkasse zu überprüfen, da nach Einschätzung eines Ausschussmitgliedes dieser Taxistand nicht genutzt wird. Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass der Taxistand durchaus genutzt wird, man jedoch seitens der Verwaltung erneut den Taxistand auf seine Nutzung hin überprüfen wird. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf das gegenüberliegende Peter-Rantzau-Haus, welches unter anderen auch von Personen mit Gehbehinderungen genutzt wird und damit auch eine seltenere Nutzung gerechtfertigt wird.

9.4 Verschiebung des Sitzungsbeginns

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass der Sitzungsbeginn des BPA mit 19:00 Uhr zu früh angesetzt ist und man künftig - wie die anderen Sitzungen - erst um 19:30 Uhr beginnen sollte. Dieser Vorschlag wird von einem weiteren Ausschussmitglied begrüßt. Da die BPA-Sitzungen regelmäßig sehr lange gehen, wird von mehreren Ausschussmitgliedern darauf hingewiesen, dass eine Verschiebung des Sitzungsbeginns zu Folge hätte, dass sich die einzelnen Ausschussmitglieder mehr disziplinieren müssen, um trotzdem in der Regel die Sitzung bis 22:00 Uhr beenden zu können. Man kommt überein, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

9.5 Beschilderung an der B 75

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass an der B 75/Brauner Hirsch ein Schild mit dem Hinweis auf ein Gartencenter steht (**vgl. Anlage**). Die Verwaltung sichert zu, dies zu überprüfen und gegebenenfalls, sofern möglich dagegen vorzugehen.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Genehmigung für dieses Schild liegt der Stadt Ahrensburg nicht vor. Das Schild des Gartencenters sowie zwei weitere vor Ort entdeckte Schilder werden kurzfristig demontiert.

9.6 Begrünung der Klaus-Groth-Straße mit Blumenkübeln

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die Begrünung der Klaus-Groth-Straße durch die Beschaffung von Blumenkübeln und bittet die Verwaltung um einen Sachstand. Hierzu verweist die Verwaltung auf die Sitzung des BPA vom 30.11.2011, wo im Rahmen der Haushaltsberatungen 15.000 € für die Beschaffung von mobilen und vandalismussicheren Blumenkübeln und deren Erstbepflanzung in den Haushalt 2012 eingestellt wurden.

9.7 Parksituation in der Ladestraße

Die Verwaltung wird gebeten, die Parksituation in der Ladestraße zur Brückenstraße hin zu überprüfen, da die Straße dort regelmäßig stark zugeparkt ist. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass das Parken in dem Bereich überhaupt nicht zugelassen ist und mehrmals wöchentlich eine Kontrolle der parkenden Fahrzeuge in dem Bereich erfolgt. Auf den Hinweis eines Ausschussmitgliedes, dass die Schaffung von Parkplätzen mehr Verkehr anzieht, wird darauf hingewiesen, dass das Parken in diesem Bereich gar nicht zugelassen ist und deshalb keine Anziehung von Verkehr durch die Schaffung von Parkplätzen hier gegeben ist.

9.8 P+R-Anlage "Alter Lokschuppen"

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass durch den starken Regen die P+R-Anlage „Alter Lokschuppen“ auf dem oberen Parkdeck nur eingeschränkt nutzbar ist, da ca. 20 Parkplätze nicht genutzt werden können, da dort das Wasser nicht richtig abläuft. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu überprüfen und für den ordnungsgemäßen Ablauf des Wassers zu sorgen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Verwaltung hat die P+R-Anlage überprüft und die Reinigung der Abflüsse beauftragt. Das Wasser kann nun wieder ungehindert abfließen.

9.9 Anzeige der Bahnverbindungen

Der Bahnzielanzeiger am S-Bahnhof von der Hagener Allee aus kommend war am Montag und Dienstag dieser Woche aufgrund von Sicherheitswarnungen nur eingeschränkt möglich. Üblicherweise werden die nächsten drei Zugverbindungen vom Zugzielanzeiger an der Unterführung angezeigt, aufgrund der Gepäckwarnanzeige wurde nur eine Zugverbindung angezeigt. Da die Züge Richtung Hamburg immer wechselnd von den Gleisen 1, 2, 3 und 4 fahren, hatte dies zur Folge, dass man teilweise den falschen Ausgang hochgegangen ist, was insbesondere für Gehbehinderte eine erschwerte Situation dargestellt hat. Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Bahn einzuwirken, damit dies künftig nicht wieder passiert.

Anmerkung der Verwaltung:

Das Ansagezentrum in Lübeck ist in den Tagen vor Weihnachten auf eine neue Technik (kombinierte Fahrgastinformationsanlage und automatische Ansagen) umgerüstet worden. Hierbei sind für drei Bahnhöfe (Lübeck, Bad Oldesloe und Ahrensburg) gleiche Parameter und Programmierungen angesetzt worden.

Aufgrund einer E-Mail eines besorgten Ahrensburgers vom 10.01.2012 hat das Bahnhofsmanagement sich am nächsten Tag die Situation angesehen. Die beiden Abfahrtstafeln an den Zugängen "Hagener Allee" weisen "nur" drei Zeilen (ansonsten hat die Bahn nur sechszeilige Abfahrtstafeln in Ahrensburg) auf; für den Sicherheitshinweis benötigt die Bahn aber schon zwei Zeilen. Den Sicherheitshinweis hat die Bahn daraufhin löschen lassen - dafür nimmt die Bahn einen entsprechenden Textbaustein in die automatische Beschallung!

Grundsätzlich hatte das Bahnhofsmanagement den Sicherheitshinweis nicht wegen einer erhöhten Sicherheitslage, sondern wegen vermehrter vergessener Gepäckstücke in den Bahnhöfen auf der Relation HH - HL aufgenommen.

9.10 Baumaßnahme an der AOK-Kreuzung

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die neu eröffnete Seniorenresidenz an der Hamburger Straße und bemängelt, dass die Geh- und Radwege immer noch nicht ordnungsgemäß wieder hergestellt wurden. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass bei den Bauarbeiten ein Steuerungskabel der Firma Siemens beschädigt wurde und dieses zunächst repariert werden muss. Die Sondernutzung für diesen Bereich ist bereits seit einiger Zeit abgelaufen, und die Verwaltung ist bemüht, Druck auf den Bauherrn auszuüben, damit die öffentlichen Wege zeitnah wieder voll nutzbar sind.

9.11 Umbau in der Theodor-Storm-Straße

Die Verwaltung wird gebeten zu überprüfen, ob die Umbaumaßnahmen in der Theodor-Storm-Straße rechtmäßig waren. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass es sich bei dem Anbau um eine Baumaßnahme gemäß § 34 BauGB handelt, da hier kein B-Plan vorliegt. Nach Überprüfung des Bauvorhabens ist man zu dem Schluss gekommen, dass das Bauvorhaben im Sinne des BauGB rechtmäßig ist.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer

gez. Maren Uschkurat
Protokollführerin